

Salzburg, 26. Jänner 2012

Steuerrückstände: Dringend benötigtes FA-Personal aufstocken, kein Verlassen der Rechtstaatlichkeit

ÖAAB-LGF Robert Haimerl: Statt die Bürger mit längst überwunden geglaubten Methoden des Prangers zu brandmarken, sollte die Finanzverwaltung besser mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Wer es mit der Steuermoral nicht ernst genug nimmt, sollte genauer und rechtzeitig kontrolliert werden können.

Die Mitarbeiter in Österreichs Finanzämtern leisten gute Arbeit und haben das „Unternehmen Finanzamt“ zu einer serviceorientierten Einrichtung entwickelt. „Wer bei Steuerrückständen zum Pranger – „Liste der Schande“ – als staatliches Mittel zur Eintreibung von Steuern greift, nimmt in Kauf, dass die Rechtstaatlichkeit auf der Strecke bleibt und Bürgerrechte mit Füßen getreten werden. Es widerspricht auch den Grundsätzen eines fairen Verfahrens, sollte der Staat Bürger ‚outen‘, die Steuerrückstände haben“, sagt ÖAAB-Landesgeschäftsführer Robert Haimerl.

Abhilfe: Finanzverwaltung Verbesserungen – Knowhowverlust stoppen

„Viele Kolleginnen und Kollegen im Finanzamt Salzburg sind an ihrer Leistungsgrenze angekommen. Nicht nachbesetztes Personal fehlt. Ich fordere im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung. Diese würde auch die Verwaltung entlasten“, sagt Robert Haimerl. Im Finanzamt Salzburg gab es ab 1995 einen fast 100%igen Aufnahmestopp. Seit rund drei Jahren wird nur mehr jede zweite Planstelle nachbesetzt. Waren 1991 ca. 1130 Bedienstete und zusätzlich die Zollwache tätig, waren es 2009 nur mehr 739 Mitarbeiter. Rund 40 Prozent der Stellen gibt es nicht mehr. Der Altersdurchschnitt beträgt ca. 49 Jahre. „Wenn hier nicht rasch durch Neuaufnahmen entgegengesteuert wird, kommt es in wenigen Jahren zu einem Verlust von Knowhow, der in erster Linie die abgabepflichtigen Arbeitnehmer belastet, die sich keinen Steuerberater leisten können. Wünschenswert ist auch ein Ausbau des sehr konstruktiv verlaufenden Personaltransfers von anderen Einrichtungen wie Bundesheer, Post oder Telekom.“

„Große Fische“ fangen, Schwarze Schafe konsequent herausfiltern

ÖAAB-LGF Robert Haimerl fordert, dass insbesondere auch bei der Schwarzarbeit und bei Abgabenhinterziehung entschlossener gehandelt wird: „Das entgangene Steuer- und Beitragsaufkommen fehlt bei der Gestaltungsmöglichkeit der Öffentlichen Hand und im Pensions- sowie Sozialsystem. Es kann nicht auf Dauer so sein, dass die AK Salzburg mit Mitteln aus den Pflichtbeiträgen im Wege des sogen. Steuerlöschers die Arbeit des Finanzamts erledigt. Der Pranger, wie ihn AK-Präsident Pichler und SPÖ-BGF Kräuter bevorzugen, bringt aber in Wahrheit keinen einzigen Steuer-Euro in den Staatsäckel. Deshalb lehnt der ÖAAB Salzburg eine obskure Idee der „Liste der Schande“ strikt ab und fordert eine bessere Personalausstattung für die Service-orientierten Finanzämter, einfachere Steuergesetze und konsequenten Kampf gegen die Schwarzarbeit.“

Rückfragen ÖAAB-Landesgeschäftsführer Robert Haimerl: Tel. **0664 1202006**